

An
Bürgermeisterin
Eliza Diekmann-Cloppenburg
Markt 8
48653 Coesfeld

Matthis Tasler
Stellv. Fraktionsvorsitzender
matthis.tasler@spd-coesfeld.de

Coesfeld, 7. Dezember 2025

Antrag auf Ausweitung und Verstetigung der die soziale Betreuung in den städtischen Obdachlosenunterkünften

Sehr geehrte Frau Diekmann-Cloppenburg,

im Namen der SPD-Fraktion bitte ich Sie um Aufnahme folgenden Antrags in die Tagesordnung der entsprechenden Gremien des Rates:

Beschlussvorschlag:

Die Stadt setzt die Zusammenarbeit mit der Alexianer IBP GmbH bei der Betreuung obdachloser Menschen in den städtischen Unterkünften fort und finanziert künftig zu diesem Zweck zwei Vollzeitstellen. Die entsprechenden Mittel sind in den Haushaltsplan 2026 und den darauffolgenden Jahren einzustellen.

Begründung:

Ziel ist es, durch verlässliche Strukturen und kontinuierliche Betreuung die Zahl der Menschen in städtischen Unterkünften dauerhaft zu reduzieren.

In Beschlussvorlage 336/2023 schlug die Verwaltung 2023 vor, zunächst für zwei Jahre zwei Vollzeitstellen für die soziale Betreuung in den städtischen Obdachlosenunterkünften zu finanzieren. Auf Wunsch der Politik wurde die Beschlussvorlage dahingehend geändert, nur eine Vollzeitstelle zu finanzieren. Die im

Haushaltsentwurf 2024 vorgesehenen Mittel für zwei Stellen wurden entsprechend gekürzt.

Die soziale Betreuung mit einer Vollzeitstelle übernahm am 01.07.2024 die Alexianer IBP GmbH. In einem zwischenzeitlichen Bericht (Berichtsvorlage 039/2025) am 13.03.2025 im Ausschuss für Familie, Senioren und Soziales berichteten die zuständigen Mitarbeitenden von den Erfolgen ihrer Arbeit und betonten erneut den Bedarf für eine zweite Stelle. In der Niederschrift zum entsprechenden Bericht im Ausschuss heißt es „Dabei ist vor allem zu beobachten, dass die tägliche Präsenz und Erreichbarkeit der Mitarbeiter des IBP einen deutlichen Unterschied macht. Die BewohnerInnen der Unterkünfte nehmen die Hilfen seitdem besser an und machen Fortschritte in vielen Bereichen.“

Das heißt es konnte, wie beabsichtigt, die Unterstützung und Begleitung der Menschen in den Unterkünften zu einer eigenständigen Lebensführung deutlich verbessert werden. Gleichwohl bleibt aufgrund der multiplen Problemlagen der Menschen in den Unterkünften der Bedarf an Beratung, Begleitung und Vermittlung so groß ist, dass, wie bereits 2023, der Bedarf für zwei Vollzeitstellen weiterhin besteht.

Die SPD-Fraktion hält daher die Fortsetzung der sozialen Betreuung und die Finanzierung einer zweiten Stelle für erforderlich, um das Projekt in seiner ursprünglich beabsichtigten Intensität fortsetzen zu können.

Die Kosten für zwei Vollzeitstellen wurden 2023 mit jährlich 130.000 Euro beziffert. Diesen Mehrausgaben ist nicht nur die deutliche und nachhaltige Verbesserung der Lebensqualität von Obdachlosen gegenüberzustellen, auf die die soziale Betreuung abzielt, sondern auch Einsparungen von öffentlichen Aufwendungen, die sich dadurch langfristig an anderer Stelle ergeben. So reduzieren sich durch den intendierten Übergang zu einer eigenverantwortlichen Lebensführung ordnungsbehördliche und soziale Aufwendungen. Langfristig werden so unter anderem Kosten für Betreuung sowie für die kommunale Pflichtaufgabe der Unterbringung Obdachloser eingespart

Klimarelevanz: Der Beschlussvorschlag zur Finanzierung der sozialen Betreuung in den städtischen Obdachlosenunterkünften hat keine Auswirkungen auf das Klima.

Mit freundlichen Grüßen
Matthis Tasler